

## A6 Libyen EU und Deutschland müssen auf der Seite des Parlaments und der Bevölkerung stehen

Antragsteller\*in: Sava Stomporowski (BAG Deligierte)

### Antragstext

1 Verschiedenste globale und regionale Player versuchen seit 2011 in Libyen ihre  
2 Interessen durchzusetzen - ohne jede Rücksicht auf die libysche Bevölkerung.

3 Bündnis90/Die Grünen wollen sich zukünftig dafür einsetzen, dass die  
4 Bundesrepublik die libysche Bevölkerung und ihrer demokratisch gewählten  
5 Repräsentanten im Libyenkonflikt unterstützen. Innerhalb der EU hat sich  
6 Frankreich schon längst an der Seite ihres Militärs (LNA), das im Auftrag des  
7 Parlamentes kämpft, gestellt.

8 Zur Erinnerung - bei den Wahlen 2014 hat die libysche Bevölkerung eindeutig die  
9 Moslembrüder abgelehnt, die von insgesamt 188 Sitze gerade einmal 30 Sitze  
10 erhielt. Von den verbliebenen Sitzen gingen 158 gingen an säkulare Kandidaten.  
11 Aus diesem Grunde wurde das gewählte Parlament vom militärischen Arm der  
12 Moslembrüder, der Libyan Islamic Fighting Group (LIFG), also den Dschihadisten  
13 unter Führung des al-Kaida-Mannes Belhadsch, aus Tripolis vertrieben und musste  
14 nach Bengasi flüchten.

15 Mittlerweile hat das libyschen Parlament die Muslimbruderschaft als  
16 terroristische Gruppierung eingestuft, welche extremistische Gruppierungen  
17 anführe. Ihrer Ansicht nach glaubten die Muslimbruderschaft nicht an Demokratie  
18 und an demokratische Spielregeln und wollten lediglich den Staatsapparat  
19 kontrollieren.

20 Die LNA wurde aufgrund eines Beschlusses des libyschen Parlaments eingesetzt  
21 und von diesem gewählten Parlament zur offiziellen libyschen Armee erklärt.  
22 Zuvor hatten die Islamisten das Ergebnis Wahl von 2014 nicht anerkannt und  
23 zwecks Machterhalt in Tripolis und Westlibyen einen Bürgerkrieg entfesselt. Das  
24 vom Volk gewählte libysche Parlament musste aus Tripolis flüchten und in den  
25 Osten des Landes übersiedeln.

26 In Tripolis setzte sich eine selbsternannte ‚Regierung‘ an die Macht, die aus  
27 Moslembrüdern und gut vernetzten al-Kaida und ähnlichen Organisationen bestand.  
28 Dieser militärische Flügel schloss sich zur Libyan Islamic Fighting Group (LIFG)  
29 zusammen. Viele Umfragen in der libyschen Bevölkerung belegen, dass die  
30 Moslembrüder sowie die Türken in der libyschen Bevölkerung unbeliebt sind.

31 Die Allianz der libyschen Nationalversammlungen, der eine Reihe von  
32 Organisationen der Zivilgesellschaft, nationalen Parteien,  
33 Menschenrechtsverbänden, Schriftstellern, Forschern, Diplomaten und Akademikern  
34 angehören, hat eine Stellungnahme abgegeben, die von über 200 Personen des  
35 öffentlichen Lebens in Libyen, wie Organisationen der Zivilgesellschaft,  
36 nationale Parteien, Menschenrechtsverbände, Schriftsteller, Wissenschaftler,  
37 Diplomaten und Akademiker unterstützt wird.  
38 Diesen politischen-demokratischen sowie zivilgesellschaftlich geäußerten Willen  
39 haben wir zu respektieren und zu unterstützen.

40 <https://almarsad.co/en/2020/01/16/statement-by-the-alliance-of-the-libyan-national-gatherings-on-the-moscow-meetings-on-the-libyan-conflict/>  
41  
42 Eine deutsche Übersetzung findet sich bei Angelika Gutsche:  
43 <https://www.freitag.de/autoren/gela/stellungnahme-zu-moskau-gespraechen>

44 Trotz EU-ropäischer Lippenbekenntnisse zur Demokratie stärken die  
45 Friedensverhandlungen die Moslembroderschaft und deren Einsetzung der  
46 sogenannten ‚Einheitsregierung‘ unter Sarradsch, die ihrerseits Unterstützung  
47 aus Katar und der Türkei beziehen und die von der Bevölkerung abgelehnt werden.  
48 Dabei transferiert die Türkei immer mehr Kämpfer aus Syrien nach Libyen, was die  
49 Lage in Libyen belastet und ein Ende des Krieges hinauszögert.

50 Wie The Guardian berichtete, haben die syrischen Söldner direkt Verträge mit der  
51 ‚Einheitsregierung‘ und nicht mit dem türkischen Militär geschlossen. Allerdings  
52 hat ihnen der türkische Staat die Staatsbürgerschaft für ihren Kampf in Libyen  
53 zugesagt. Daneben kommt die Türkei für medizinische Kosten und die Rückführung  
54 der Toten nach Syrien auf. Den Männern wird eingeredet, sie seien in Libyen, „um  
55 den Islam zu verteidigen“.

56 [https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-](https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-moscow-without-signing-ceasefire-deal)  
57 [moscow-without-signing-ceasefire-deal](https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-moscow-without-signing-ceasefire-deal)

58 Um eine Lösung der Krise in Libyen zu erzielen müsse laut des  
59 Parlamentspräsidenten Aguila Saleh die internationale Gemeinschaft die  
60 Verantwortung für die gegenwärtige Situation übernehmen, in die sie das Land  
61 hineingedrängt hat. Das tatsächliche Problem seien die Milizen, die mit der  
62 Moslembroderschaft in Verbindung stünden und die Länder, die sie wiederum  
63 finanzieren. Diese Milizen sollten nach einem bestimmten Zeitplan entwaffnet und  
64 aufgelöst werden.

65  
66 Dabei kann die Türkei kein ehrlicher und erstrebenswerter Vermittler zwischen  
67 den libyschen Gegnern sein. Sie verstößt systematisch gegen Resolutionen des  
68 Sicherheitsrats in Bezug auf das Waffenembargo und erschwert die Bekämpfung des  
69 Terrorismus in Libyen.

70 \*

71  
72 Die Türkei hat mit der ‚Einheitsregierung‘ das sogenannte ‚Memorandum of  
73 Understanding‘ (MoU) abgeschlossen. Dieses Abkommen erlaubt der der Türkei  
74 libyschen Luftraum, Territorialgewässer und das Territorium ohne vorherige  
75 Absprache und Genehmigung durch die libyschen Behörden zu nutzen und  
76 Militärbasen in Libyen zu errichten. Außerdem hat die Türkei mit Sarraj ein  
77 Seerechtsabkommen abgeschlossen, das Öl- und Gasbohrrechte beinhaltet und das  
78 nach allgemeiner internationaler Auffassung gegen das Seerecht verstößt.

79 Als REaktion darauf haben das griechische Parlament als auch das ägyptische  
80 Repräsentantenhaus Erklärungen abgegeben, in denen sie das libysche Parlament  
81 beziehungsweise das Repräsentantenhaus als die einzige legitime Vertretung des  
82 libyschen Volkes bestätigten.